



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/109 - 12.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Der Graben wird tiefer	S. 1
Die "Missini"	S. 3
Saar-Hoffmann brach Amtsgeheimnis	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Auf dem Wege zur Staatskrise

(sp) Bereits die nächste Woche soll nach dem Willen des Kanzlers die Unterzeichnung des sogenannten Deutschland-Vertrages und seiner Zusatzverträge bringen. Wie immer man zu diesen Verträgen im Einzelnen steht - ihre grundlegende Bedeutung ist unbestritten. Sie beziehen sich auf das Verhältnis der Westalliierten zur Bundesrepublik, auf die Entwicklungsmöglichkeiten für ein wiedervereinigtes Deutschland und schließlich auf die Situation zwischen den drei Westmächten und der Sowjet-Union. Es ist ein monströses Vertragswerk von annähernd 400 Schreibmaschinen-Seiten und einem ausgesprochen komplizierten Inhalt.

Die Regierungsparteien sind seit fast zwei Wochen über den Inhalt unterrichtet. Am vergangenen Wochenende wurden ihre Vertreter zu Kabinettsitzungen hinzugezogen, in denen eine große Generalaussprache begann, die sich über mehrere Tage erstreckte. Der Bundestags-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat erst ausdrücklich verlangen müssen, daß er vor der Unterzeichnung über den Inhalt gründlich informiert werde, ohne daß bisher eine Antwort einging, ob und wann die Regierung diesem Ersuchen stattgeben werde. Ein besonderer Bundestags-Ausschuß, den der Kanzler laufend unterrichten wollte, ist seit Monaten nicht einberufen worden. Auch die Opposition blieb bisher ununterrichtet. Angeblich soll das Versäumte in diesen Tagen nachgeholt werden.

Im Hinblick auf Umfang und Bedeutung der Verträge ist es eine schwere Herausforderung der Opposition durch den Kanzler, daß ihr nur wenige Tage gelassen werden sollen, sich mit dem offiziellen und vollständigen Text zu befassen.

Die nächsten Wochen und Monate werden, wenn es jetzt zur Unterzeichnung kommt, zeigen, wie außerordentlich sich die welt-politischen Spannungen verschärfen und in welche Zone akuter Gefährdung man kommt. Es soll in diesem Zusammenhang, der gerade auf das Nichtvorhandensein einer ausreichenden Unterrichtung hinweist, nicht auf Einzelheiten eingegangen werden, soweit sie inoffiziell bekanntgeworden sind. Aber die Regierung wird sich sagen müssen, daß die Form, in der sie auch hier wieder unter Mißachtung der fairen parlamentarischen Spielregeln nur im Rahmen ihrer eigenen, ganz einseitigen und höchst gefährlichen Vorstellungen, von dem was politisch möglich und notwendig ist, handelte - daß diese Form eine neue schwere innerdeutsche Vertrauenskrise auslösen wird, die sehr leicht in eine Staatskrise einmünden kann. Das deutsche Volk fühlt sich in seiner überwiegenden Mehrheit überfahren, ja hintergangen. Man beginnt zu begreifen, daß die großen Worte, etwa von der Gleichberechtigung und der Souveränität, nicht den tatsächlichen Zustand erläutern, sondern daß sie ihn verdecken sollen.

Der Kanzler vertraut einmal darauf, daß die Rebellen in seinen eigenen Reihen es zuletzt doch bei dem bischen Lärm lassen werden, den sie sozusagen anstandshalber geschlagen haben. Und er glaubt zum andern, daß nach der ausdrücklichen Zustimmung auch zum deutschen Wehrbeitrag das Eigengewicht der Unterschriften und die Gewöhnung an den neuen Sachverhalt allmählich Beruhigung und schließlich Einverständnis mit seiner Politik auch dort schaffen werden, wo man heute in scharfer und schärfster Abwehr steht. Das wird sich als eine irriige Annahme erweisen. Die Gegnerschaft gegen die Verträge wird erst dann in ihrer vollen Wucht sichtbar werden, wenn die schwer abträglichen, vermutlich katastrophalen Folgen für die deutsche Wiedervereinigung nicht mehr zu bestreiten sind.

Mussolinis Schatten liegt schwer auf Italien

v. sch.-Rom, Anfang Mai

Der Ausdruck "Missini" tauchte kurz vor den allgemeinen politischen Wahlen vom April 1948 auf, um als Abkürzung die Anhänger des "Movimento Sociale Italiano", der neofaschistischen "Italienischen Sozialbewegung" nach den Anfangsbuchstaben M.S.I., dieser damals neugegründeten Partei, zu bezeichnen. Teils der Bequemlichkeit halber, teils auch mit einer leichten Nuance von Spott. Auch das Wort "Nazi" ist unter ähnlichen Vorzeichen Mitte der zwanziger Jahre in Deutschland entstanden und hat leider seinen Weg durch die ganze Welt gemacht. Werden auch die "Missini" einen ähnlichen Fluch auf sich laden?

Im Frühjahr 1948 war die M.S.I. noch viel zu neu, um bei den Wahlen große Erfolge zu erzielen: Nur sechs Abgeordnete (wovon der bedeutendste, Russo-Perez, vor einem Jahre von ihnen absprang, weil er ihren zunehmend faschistischen Kurs nicht mitmachen wollte) und ein Senator zogen damals in das Parlament ein. Heute würden sie wahrscheinlich nach den Christlich-Demokraten und den Kommunisten die drittstärkste Partei Italiens sein.

Was sind die Missini und wie erklärt sich ihr schneller Aufschwung? Nun, man darf zunächst nicht vergessen, daß zwanzig Jahre faschistisches Regime trotz seines schimpflichen Zusammenbruchs am Ende eines von ihm gewollten und bejubelten Krieges ihr Gepräge auf das italienische Volk unvermeidlich gelassen haben. Die Faschisten waren eine Massenpartei mit vielen Hunderttausenden von Nutznießern und Millionen von begeisterten Anhängern. Es war unvermeidlich, daß sich nach dem ersten Schreck der Niederlage, als der erste antifaschistische Druck der siegreichen Alliierten nachließ, und die blutige Rache der Partisanen sich ausgetobt hatte, die Herrscher von gestern aus ihren Mauselöchern wieder herauskrochen und sich wieder politisch zu sammeln begannen. Man fing an, zunächst schüchtern, sodann immer ungenierter die "guten Seiten" des alten Regimes hervorzuheben und ihnen die Nöte der Nachkriegszeiten entgegenzustellen. Man verschwieg dabei natürlich, wer an dem unseligen Krieg schuld war und verstieg sich bald zur zynischsten Geschichtsfälschung.

Diese Reinwaschungs-Propaganda hätte niemals so schnell einen derartigen Erfolg haben können, wenn nicht der Kommunismus in Italien so stark geworden wäre. Man stelle sich nur vor, wieviel stärker der Neo-Nazismus in Deutschland heute wäre, wenn nicht die Sozialdemokratie die Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse von 1945 an geworden wäre, sondern die Kommunisten! Hier in Italien wurde es umgekehrt, nicht zuletzt infolge des Verrats Nennis am demokratischen Sozialismus. Der Druck des Kommunismus erzeugte in weitesten Schichten einen wachsenden Gegendruck. Im April 1948 gelang es den Christlich-Demokraten, diesen Gegendruck aufzufangen. Aber die Bekämpfung des italienischen Bolschewismus mit nur demokratischen Mitteln vermochte ihn nur in Schach zu halten, nicht zu besiegen und nicht einmal zu schwächen.

Das gefiel und genügte weiten Schichten des Kleinbürgertums, und auch manchen Großindustriellen und Großagrariern, nicht. Die einen wandten ihre Sympathien, die anderen ihre Subsidien jener jungen, frisch auftretenden Partei zu, die sich ihnen als die rücksichtsloseste, unerschrockenste, durch keine verfassungsmäßigen Zwirnsfäden gehemmte antibolschewistische Partei empfahl. Es wiederholte sich somit 1921, als die von Moskau dirigierte "Revolutionsgymnastik" in Italien den Aufschwung der zunächst kleinen Schwarzhemdscharen Mussolinis ermöglichte.

Die M.S.I. gibt sich nicht nur als die entschlossenste anti-kommunistische Partei aus, sie ist auch radau-nationalistisch, und insofern ebenfalls in dieser Hinsicht die direkte Erbin des Faschismus von Mussolini. Alle Ungeschicklichkeiten der Alliierten, vor allem der britischen Politik gegenüber Italien, hat sie demagogisch ausgenützt. In der Triester Frage zwingt sie durch ihre Maßlosigkeit alle übrigen Parteien, und sogar die Regierung, zu einer kompromißfeindlichen Haltung, wie sich erst kürzlich gezeigt hat. Tito wiederum nützt diese Sachlage geschickt und rücksichtslos aus, um gegenüber den Westalliierten das Gespenst einer Wiederkehr des italienischen Faschismus an die Wand zu malen und das eigene Volk nationalistisch aufzupeitschen.

Wenn man hinzufügt, daß die Wirtschaftslage Italiens auf das Kleinbürgertum schwer drückt, daß der kleine Mittelstand, einschließlich der mittleren Beamtenschaft, zusehends proletarisiert wird, daß Zehntausende von Studenten gerade aus diesen sozialen Schichten vor einer aussichtslosen Zukunft stehen - für 2000 neue Lehrerstellen gibt es durchschnittlich 100000 Anwärter - da kann man sich ungefähr ein Bild der Ursachen machen, die die Missini zu einer gefährlich starken Bewegung machen. Ihr Wahrzeichen ist eine Fackel, aus der eine trikolore Flamme wieder aufblodert. Dieses sinnbildliche Bekenntnis zum alten Faschismus ist überzeugender als alle einstweilen noch aus taktischen Gründen vorgebrachten Ablehnungen.

Saar-Hoffmann schikaniert Oppositionsgruppen

x - Saarbrücken

Die deutsche Opposition an der Saar ist im Begriff, zum dritten Male einen Antrag auf Zulassung von Parteien bei der Saar-Regierung einzureichen. Nachdem die ersten Anträge der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und der Saar-CDU durch das undemokratische Parteiengesetz hinfällig wurden, wurde der zweite Antrag auf Durchführung von Gründungsversammlungen von Saar-Hoffmann aus "formalen Gründen" zurückgegeben und die Durchführung der Versammlungen für den vorgesehenen Zeitpunkt untersagt.

Diese Maßnahme wurde begründet mit Bestimmungen, die in der inzwischen im Amtsblatt des Saarlandes veröffentlichten Durchführungsverordnung zum Parteiengesetz enthalten sind und die offensichtlich darauf abgestellt sind, die Gründung von Parteien so lange als möglich hinauszuschieben. So muß jedes Mitglied des Gründungsausschusses einer neuen Partei, der mindestens aus 50 Personen bestehen muß, seine Unterschrift polizeilich beglaubigen lassen und, falls es im "Saarland" geboren ist, einen Auszug aus der Meldekartei beibringen, aus dem hervorgeht, daß der Wohnsitz der betreffenden Person seit einem Jahr an der Saar ist. Die Mitglieder des Gründungsausschusses, die zwar nach dem saarländischen Staatsangehörigkeitsgesetz Saarländer sind, aber außerhalb der jetzigen Saargrenzen geboren wurden, müssen einen Staatsangehörigkeitsnachweis beibringen. Zu seiner Ausstellung, die durch das Innenministerium der Saarregierung erfolgt und bei der Ortspolizeibehörde beantragt werden muß, ist vorher die Beibringung von Geburts- und Heiratsurkunden erforderlich, die meistens im Geburtsort besorgt werden müssen. All diese Formalitäten erfordern geraume Zeit, so daß, falls keine neuen Schwierigkeiten auftreten, mit der Durchführung von Gründungsversammlungen der Oppositionsparteien etwa Ende Mai gerechnet werden kann.

Hinzu kommt, daß die Dienststellen der Hoffmann-Regierung die Listen der Gründungsmitglieder den jetzt bestehenden frankophilen Parteien unter Verletzung des Amtsgeheimnisses ausgehändigt haben und diese ihre Vertreter im Land herumschicken, um die Antragsteller persönlich unter Druck zu setzen.

So war der Vorsitzende der SPS, die nach außen hin in Opposition zur Hoffmann-Regierung steht, in der Lage, in Versammlungen eine Abschrift der Liste der Gründungsmitglieder der Deutschen Sozialdemokratischen Partei vorzulegen und seine Mitarbeiter zu beauftragen, unter Aufbietung aller Mittel der Drohung und Überredung einzelne Mitglieder des Gründungsausschusses von ihrem Vorhaben abzubringen. Mit diesen Methoden hofft man, in der vierzehntägigen Frist zwischen Antragstellung und Durchführung der Gründungsversammlung die Zahl der Personen, die die neue Partei gründen wollen, unter 50 herabzudrücken und damit den Antrag illusorisch zu machen.

All diese Schikanen bestätigen das, was ein hoher Beamter der Saarregierung erklärte, als man ihn über die Aussichten neuer Parteien auf Zulassung befragte. Er sagte, die Regierung denke nicht daran, wirkliche Oppositionsparteien rechtzeitig vor der Wahl zuzulassen, weil sie nicht die Absicht habe, politischen Selbstmord zu begehen.

Diese zynische Offenheit beweist, daß der Plan besteht, die neuen Parteien so spät zuzulassen und in ihrer Aktionsmöglichkeit so zu beschränken, daß sie keine entscheidende Rolle im Wahlkampf mehr spielen können und nicht die Möglichkeit haben, mit ihrem Programm rechtzeitig vor die Wähler zu treten. Unter diesen Umständen - so rechnet Saar-Hoffmann - könnte es möglich sein, daß er und die seine Separationspolitik unterstützenden Parteien wieder eine Mehrheit im neuen Landtag erhalten.

Angesichts dieser Möglichkeit erklärt man in Kreisen der Opposition, daß bei Nichterfüllung gewisser Bedingungen die neuen Parteien nicht die Absicht haben, in den Wahlkampf einzutreten. Man ist der Auffassung, daß ein halbes Jahr Anlaufzeit für die Parteien und die sofortige Herbeiführung völliger Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit unabdingbare Forderungen sind. Man will ferner die Forderung erheben, daß Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl von einer neutralen Kommission überwacht werden, weil sonst alle Machtmittel des französischen Apparates an der Saar für Hoffmann und seine Getreuen eingesetzt werden könnten.

Um diese Bedingungen zu erfüllen und damit demokratische Verhältnisse im Saargebiet zu schaffen, wird es erforderlich sein, daß die Bundesregierung, der Bundestag und die deutschen Parteien die Forderung der Saar-Opposition unterstützen und ihr den entsprechenden Nachdruck verleihen. Der Bundeskanzler müßte sich, wenn er das Spiel um die Saar nicht verlieren und Frankreich endgültig die bessere Position belassen will, dazu entschließen, die Beschwerde der Bundesregierung über die undemokratischen Verhältnisse an der Saar während der nächsten Tagung des Europarates, die am 22.Mai in Straßburg beginnt, auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Nur damit kann er beweisen, daß er den ernsthaften Willen hat, die Saar nicht preiszugeben.

Nachrichten aus der SowjetzoneDas Ostbüro der SPD teilt mit:

Zwischen Mitgliedern der Generaldirektion der Wismut-AG, Angehörigen der SED-Betriebsgruppe der Wismut und Vertretern der Sowjetzonenpresse fand in Chemnitz in Gegenwart des Mitarbeiters der Abteilung Agitation des ZK der SED Heckert eine Aussprache über die Behandlung des sächsischen Uranbergbaues und der Wismut-AG in der Presse statt. Die Presse wurde angewiesen, daß im Zusammenhang mit der Wismut nicht von Uran, sondern allein vom Erzbergbau gesprochen werden darf. Weiter dürfen keinerlei Berichte über die Verhältnisse im Uranbergbau gebracht werden, da diese Berichte geeignet seien, dem Westen Einblick in Betriebsvorgänge zu geben, die Rückschlüsse auf die Belegschaftsstärken einzelner Objekte und auf die Produktionskapazitäten ermöglichen. Dagegen wurde der Presse die Aufgabe gestellt, die Verbindung zwischen der Bevölkerung und den Arbeitern der Wismut zu verbessern, die denkbar schlecht sei, und die Bedeutung der Wismut im Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands herauszustellen.

x

In der Sowjetzone wurde kurzfristig der Verkauf von Bausteinen gesperrt, da diese für Zwecke der Nationalhilfe für Berlin und zum Aufbau des Bauprojektes an der Stalin-Allee gebraucht würden. Alle bereits zugewiesenen aber noch nicht gelieferten Materialien müssen noch einmal beantragt und bewilligt werden. Im Zuge dieser Maßnahmen wurden rund 70 Prozent der zur Durchführung des Neubauernbauprogramms zugewiesenen Materialien gestrichen. Diese kurzfristige Sperrung der Materialien hat die Bauwirtschaft der Sowjetzone fast zum Erliegen gebracht. Infolge des Fehlens von Ziegeln müssen selbst Maurer und Zimmerer mit Aushilfsarbeiten beschäftigt werden. Seit geraumer Zeit ist in der Presse der Sowjetzone kein Stellenangebot für Maurer und Zimmerer zu finden, obwohl es sich bei beiden Berufen noch vor kurzem um Mangelberufe handelte.

x

Die in der Sowjetzone grassierende Hühnerpest hat im Kreise Fürstenwalde zum Verlust von 80 Prozent des ganzen Hühnerbestandes geführt. Hühnerfleisch wird in der HO nur mit dem Hinweis verkauft, daß es nur gründlich gekocht genossen werden dürfe. Binnen kurzer Zeit sind in Storkow drei Personen mit Symptomen von Magenkrankungen ins Spital eingeliefert worden.

x

Eine besondere Kommission, bestehend aus Scepelizeioffizieren der VOPO und sowjetischen Marineoffizieren, ist in der Sowjetzone bemüht, ehemalige Marineoffiziere als Spezialisten für Torpedo Rechengerate zu gewinnen und sie zum Eintritt in die VOPO zu bewegen.

x

Verantwortlich: Peter Raunau